

## Der Bürgermeister

Zossener Str. 21c • 15838 Am Mellensee

Eisenbahn-Bundesamt  
Außenstelle Berlin  
Steglitzer Damm 117  
**12169 Berlin**

**Ortsteile:**  
Sperenberg, Klausdorf, Mellensee, Saalow,  
Rehagen, Kummersdorf-Alexanderdorf,  
Kummersdorf-Gut, Gadsdorf

**Sachgebiet:** Bauverwaltung  
**Zimmer:** 2.14  
**Bearbeiter:** Herr Reetz  
**E-Mail:** reetz@mellensee.de  
**Telefon:** (033703) 959-40  
**Telefax:** (033703) 959-69  
**AKZ:** 60.  
**Datum:** 17.04.2023

**Geschäftszeichen: 51137-511ppa/060-2300#005**

**Betreff: Stellungnahme der Gemeinde Am Mellensee zur  
Bahnübergangsersatzmaßnahme der Landesstraße L791 „Thomas-Müntzer-Straße“ im  
Bahn-km 33,820 der Strecke 6135 Berlin Südkreuz-Elsterwerda in der Stadt Zossen im  
Landkreis Teltow-Fläming**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Beteiligung zu dem im Betreff genannten  
Planfeststellungsverfahren und beziehen dazu wie folgt Stellung:

Die Gemeinde Am Mellensee befürwortet grundsätzlich die geplante Maßnahme, da ein Wegfall der jetzigen Bahnquerung in Verbindung mit der Neuerrichtung eines Brückenbauwerkes und den damit nicht mehr anfallenden Wartezeiten einen erheblichen Mehrwert in der Lebensqualität der Bürger: innen in unserer Gemeinde darstellen wird. Die geplante Umsetzung dieser Maßnahme sehen wir jedoch als problematisch an und erheben die nachfolgenden Einwände dazu.

Die mit mindestens 30 Monaten veranschlagte Sperrzeit (Zitat aus dem Erläuterungsbericht) des Bahnübergangs führt neben erheblichen Umwegen der Anwohner des westlich der Strecke 6135 gelegenen Teils der Stadt Zossen, von Mellensee, Saalow und Klausdorf auch zu Einschränkungen der Rettungsdienste. In Bezug auf die Rettungsdienste spielt hier die Tatsache eine erhebliche Rolle, dass ein im Bedarfsfall erforderlicher Notarzt am Standort Zossen stationiert ist. Zum Wohle der Einwohner unserer Gemeinde ist es für uns unabdinglich, für den Zeitraum der Sperrung auch einen Notarzt für den Standort Klausdorf abzustellen.

Gegenwärtig kommen im Einsatzfall die freiwilligen Feuerwehren (FFW) der Ortsteile Mellensee, Klausdorf, Saalow und Zossen in ihren jeweiligen Ortsbereichen zum Einsatz, wobei gegenseitige überörtliche Hilfe durchaus in Anspruch genommen wird. Da die Kameraden der FFW'en der Ortsteile der Gemeinde Am Mellensee überwiegend nicht im Einsatzgebiet arbeiten, erfolgt ggf. „Amtshilfe“ durch die FFW Zossen, deren Kameraden zu großen Teilen im Stadtgebiet Zossen tätig sind.

#### Allgemeine Sprechzeiten:

Montag u. Mittwoch	keine Sprechzeiten - Termine nach Vereinbarung möglich
Dienstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr
Donnerstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 18.00 Uhr
Freitag	09.00 - 12.00 Uhr

#### Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische  
Sparkasse in Potsdam  
IBAN: DE6416050003639020072  
BIC: WELADED1PMB

Sicher sind Kompromisse hinsichtlich der Einsatzzeiten der Feuerwehr, Polizei und Krankenwagen für einen möglichst kurzen Zeitraum unumgänglich, aber mit einer Sperrung des BÜ über mindestens 30 Monate wird die Wahrscheinlichkeit nicht rechtzeitig eintreffender Rettungsfahrzeuge erheblich vergrößert. Bei einer geplanten Sperrung des BÜ im Juli 2024 bedeutet dies Einschränkungen für die Feuerwehr über drei „Waldbrandsaisons“.

In der eingereichten Unterlage 25.4 „Umleitungskonzeption“ räumt die Vorhabenträgerin durchaus ein, dass die Rüstzeiten der Feuerwehr Zossen nicht eingehalten werden können und Unterstützung durch andere Feuerwehren notwendig werden würde. Sie lässt aber offen, wie unter den oben genannten Bedingungen eine gesetzeskonforme Sicherstellung der Eingreifzeiten insbesondere der Feuerwehr erreicht werden soll. Hinzu kommt, dass durch die örtlichen Gegebenheiten (Begrenzung durch Bahnstrecke im Osten und durch Nottekanal im Westen) mit der beabsichtigten Sperrung lediglich eine Zufahrt zum westlichen Ortsteil von Zossen und zum Ortskern von Mellensee zur Verfügung stünde. Im Falle von Havarien auf der Umleitungsstrecke (z. B. der einzigen verfügbaren Brücke über den Nottekanal) bliebe keine Zufahrtsmöglichkeit für Einsatzfahrzeuge über befestigte Straßen. Diese Brücke im Ort Mellensee würde zudem mit Sicherheit durch den zu erwartenden Schwerlastverkehr für den westlichen Logistikverkehr der BÜ-Maßnahme (Aushub, Bodenaustausch, Lieferung für Anrampung, Pfahlgründung, Beton usw.) einer erheblichen Mehrbelastung ausgesetzt werden, was angesichts des Alters des Bauwerks und seines Zustandes die Gefahr von Behinderungen des Straßenverkehrs steigen ließe.

Die im Umleitungskonzept geplante Streckenführung auf den Landesstraßen 79 und 791 wird von uns als bedenklich angesehen. Auf Grund der Baumaßnahme wird es zu einem erhöhten Schwerlastverkehr kommen, der unabweislich im direkten Zusammenhang damit steht. Wir sehen den Zustand der genannten Umleitungsstraßen in unserem Gemeindegebiet dafür als nicht geeignet bzw. nicht ausgebaut und für die direkten Anlieger als nicht zumutbar an. Gerade in Bezug auf die betroffenen Anlieger ist hier der zu erwartende Schaden an der vorhandenen Bebauung entlang der Umleitungsstrecke nicht zu vernachlässigen. Wir fordern deshalb, entlang der Umleitungsstrecke eine detaillierte Beweissicherung bzw. Bestandsaufnahme der Fahrbahn, der Nebenanlagen und der direkt angrenzenden Bebauungen.

In diesem Zusammenhang fordern wir zu prüfen, ob der Schwerlastverkehr grundsätzlich bzw. hauptsächlich über die vorhandene Schienenanbindung abgewickelt werden kann und die daraus resultierende Aufstellung eines technologischen Konzeptes zur Umsetzung dieser Variante.

Das im Zuge der Umleitung entstehende „Nadelöhr“ im Kreuzungsbereich Mellenseestraße – Horstfelder Straße im OT Saalow gilt es zu vermeiden. Aufgrund der geplanten Lichtsignalanlage an dieser Stelle, ist eine erhöhte Staugefahr in alle Verkehrsrichtungen zu erwarten. Es muss davon ausgegangen werden, dass ortskundige und über den langen Zeitraum auch nicht ortskundige Verkehrsteilnehmer das vorher genannte „Nadelöhr“ über die Hechtseestraße, die Fasanenstraße, die Schadowstraße, den Grenzweg und die Alte Horstfelder Straße und auch in entgegengesetzter Richtung umfahren werden. Diese Straßen befinden sich in der sogenannten „Saalower Siedlung“ (Anlage 1). Wie der Name es schon sagt, liegen wir hier im Siedlungsbereich mit reinen Anliegerstraßen. Einerseits sind diese Straßen ohne Gehwegbegleitung für solch einen Verkehr nicht ausgelegt, andererseits stellt der dann zu erwartende Verkehr eine potenzielle Gefahr für die Anlieger dar. Eine mögliche Variante zur Verhinderung dieses Szenarios wäre eine Verbreiterung der Fahrbahn auf das gemeindeeigene Flurstück 246 der Flur 3 in der Gemarkung Saalow im Kreuzungsbereich bei Kostenübernahme durch die Maßnahmenträgerin (Anlage 2). Dadurch könnte der Schwerlastverkehr auf Grund der erweiterten Fahrspurbreite besser aneinander vorbeigeleitet werden. Durch temporäre Änderung der aktuellen Vorfahrtsregelung würde der Verkehrsfluss besser geführt werden. Es ist zu prüfen, ob in dieser möglichen Variante die Lichtsignalanlage entbehrlich ist.

Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt sind die fehlenden Radwege entlang der Umleitungstrecken Mellensee bis Horstfelde und Mellensee bis Wündorf. Besonders zu beachten ist hier die Sicherung des Schulweges für die Schüler der Grundschule im OT Mellensee. Uns ist bekannt, dass die Maßnahmenträgerin nicht Baulastträger an den entsprechenden Straßen ist, jedoch ist sie direkt für die Umleitungen, deren Randerscheinungen und zu erwartenden Problemen verantwortlich. Wir sehen hier die Maßnahmenträgerin in der Pflicht, die Überprüfung der Erfordernisse von Radwegen zu erarbeiten und auch umzusetzen.

Wir weisen darauf hin, dass die als Grundlage für das Verkehrskonzept dienende Verkehrszählung aus dem Jahre 2015 ist. In den letzten 8 Jahren erfuhr unsere Gemeinde einen immensen Einwohnerzuwachs, so dass von weit höherer Verkehrsdichte auszugehen ist. Wegen des schon benannten erhöhten Verkehrsaufkommens, halten wir im Sinne des Verkehrsflusses es für erforderlich, entlang der Umleitungstrecke ein Parkverbot einzurichten.

Da auch in unserer Gemeinde viele Bürger: innen täglich zur Arbeit nach Berlin pendeln und deshalb ein Anschluss an den ÖPNV benötigen, ist es wichtig, einen Anschluss zum Bahnhof Zossen sicher zu stellen. Hierzu ist ein öffentlicher Parkplatz in der Thomas-Müntzer-Straße, unweit der Bahnanlagen nötig und bereitzustellen. Aufgrund der Entfernung zum Bahnhof Zossen ist zudem eine Radabstellanlage an diesem Parkplatz zwingend erforderlich.

Der durch die Maßnahmenträgerin angedachte Sperrzeitraum ist durchaus nicht alternativlos:

Die Inbetriebnahme des ESTW-Z Zossen (nicht Bestandteil des anhängigen Verfahrens) ist nicht zwingend zum Juli 2024 notwendig, somit auch keine Schließung des BÜ, zumal die Strecke 6135 südlich von Zossen bis zur Streckenertüchtigung (2. Bauabschnitt) weiter mit 50 km/h (La50) befahren wird. Ein sicherer Bahnbetrieb mit signaltechnisch gesichertem BÜ ist auch unter Weiternutzung des Stellwerks BZSB (Bauart GS II DR) möglich. Gleiches gilt für das Stellwerk BZO (Bauart emStw 12/78). Die Bauphasen ab Bauphase 7.1a (Anlage 2) wären mit dem Ziel anzupassen, eine geeignete Bauphase zu ermitteln, welche eine möglichst kurze Sperrung des BÜ (wenige Monate) mit der Inbetriebnahme des ESTW-Z verbindet. Dies würde selbstverständlich Kosten nach sich ziehen, da neben der ohnehin zu errichtenden Signaltechnik des ESTW-Z auch Signaltechnik in Altsignaltechnik temporär zu errichten wäre.

Die geschilderte Verfahrensweise ist durchaus üblich und würde zu einer technischen Entkoppelung der Maßnahmen „Umbau Bf. Zossen“ und „BÜ-Ersatzmaßnahme“ führen, was angesichts der noch offenen Ergebnisauswertung der geplanten Probefelder die Risiken zusätzlicher, über den angezeigten Sperrzeitenbedarf hinausgehenden, Sperrzeiten verringern würde. Im Verhältnis zu den Unwägbarkeiten der Baumaßnahmen stellen die zusätzlichen Kosten einen vertretbaren Mehraufwand dar.

Die angesprochenen Probefelder sind leider in den vorliegenden Unterlagen lediglich mit drei Zeilen im Erläuterungsbericht, ohne vertiefende Planunterlagen, erwähnt. Die Notwendigkeit ihrer Einrichtung auf der L791 können wir nicht beurteilen, aber das EBA ist sicher dazu in der Lage. Bei bestätigter Notwendigkeit ergibt sich dennoch die Frage, warum keine temporäre Umfahrung für den Probezeitraum von 6 Monaten möglich sein soll (Aussage DB Netz gegenüber den Ortsbeiratsvertretern von Mellensee und Saalow). Die Auswertung der Ergebnisse der Probefelder und deren Einarbeitung in die Planung der SÜ beanspruchen laut vorliegendem - wenn auch wenig detailliertem - Bauzeitenplan (Anlage 3) 12 Monate. Die unter Deckung dieses Zeitraumes geplanten Maßnahmen im Bereich der L791, wie Leitungsumverlegungen und weitere Maßnahmen, ließen sich bei entsprechender Vorbereitung im Rahmen von Wochenendsperrungen/Teilsperren realisieren, was bereits zu einer Entspannung der Situation führen würde.

Wir bitten daher das Eisenbahn-Bundesamt, der Vorhabenträgerin im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens eine Minimierung der Sperrzeit durch geeignete technische und technologische Maßnahmen aufzuerlegen.

Das Ziel aller Beteiligten muss es sein, die Sperrzeit so gering wie möglich zu halten. Denn jeder Monat der zur Verringerung dieser beiträgt ist zum Vorteil und Wohl unserer Bürger.

Mit freundlichen Grüßen

F. Broshog  
Bürgermeister